

Inhaltsverzeichnis

A. Problemstellung und Gang der Untersuchung	11
I. Verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zu Sperrklauseln bei den verschiedenen Wahlen	11
1. 5%-Sperrklausel bei Bundestags- und Landtagswahlen	11
2. Sperrklausel bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.	12
3. 5%-Sperrklausel bei Wahlen auf kommunaler Ebene.	14
II. Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen zur Verfassungswidrigkeit von 5%-Sperrklauseln bei Wahlen auf kommunaler Ebene.	15
1. Entwicklung der Sperrklausel im Kommunalwahlrecht in Nordrhein-Westfalen.	15
2. Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 06.07.1999	17
III. Wiedereinführung der Sperrklausel bei Kommunalwahlen im Wege der Verfassungsänderung	21
IV. Fragestellung und Gang der Untersuchung	22
B. Verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zu wahlrechtlichen Sperrklauseln	23
I. Bundes- und landesverfassungsrechtliche Wahlrechtsgrundsätze	23
II. Eingriffsqualität von Sperrklauseln	24
1. Sperrklauseln als Eingriff in die Erfolgswertgleichheit der Stimme	24
a) Verfassungsrechtliche Verankerung des Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit	24
b) Strenge und formale Betrachtung der Wahlrechtsgleichheit. .	25
c) Sperrklauseln als Eingriff in die Erfolgswertgleichheit	27
2. Sperrklauseln als Eingriff in die Chancengleichheit der Parteien .	27
a) Verfassungsrechtliche Verankerung der Chancengleichheit der Parteien	27
b) Sperrklauseln als Eingriff in die Chancengleichheit der Parteien	28
III. Rechtfertigungsbedürftigkeit von Sperrklauseln	30
1. Rechtfertigungsbedürftigkeit von Eingriffen in die Wahlrechtsgleichheit und in die Chancengleichheit.	30

a)	Geeignetheit.	30
b)	Erforderlichkeit	31
c)	Verhältnismäßigkeit	32
2.	Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers.	33
3.	Verfassungsgerichtlicher Kontrollmaßstab	35
IV.	Verfassungsrechtlich legitime Zielsetzungen von Sperrklauseln.	37
1.	Keine Bekämpfung partikulärer oder extremistischer Interessen- verfolgung.	38
a)	Keine Bekämpfung von Splitterparteien	38
b)	Keine Bekämpfung extremistischer Parteien	39
2.	Sicherung der Funktionsfähigkeit.	39
a)	Gefährdung der Funktionsfähigkeit durch Zersplitterung der Volksvertretungen	39
b)	Erforderlichkeit einer konkreten Gefährdung der Funktions- fähigkeit.	41
3.	Wahrung der Integrationsfunktion	42
a)	Integrationsfunktion der Volksvertretung und Integrations- kraft der Parteien	42
b)	Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 09.11.2011 und vom 26.02.2014.	45
c)	Integrationsgedanke kein bloßer Annex zur Funktionsfähig- keit	48
4.	Legitimation der Beteiligung an der Macht	57
a)	Die Problematik des „Züngleins an der Waage“	57
b)	Sperrklauseln als Instrument der Sicherung der Legitimität von Mehrheitsentscheidungen.	60
c)	Faktische Schwächung der Macht der Wähler durch Elimination der Sperrklausel.	63
d)	Sperrklausel von bis zu 5% als angemessene Sicherung der Integrationsfähigkeit	65
V.	Verfassungsmäßigkeit einfachgesetzlicher Sperrklauseln bei Kommunalwahlen	66
1.	Zu strenge Anforderungen an den Nachweis von Funktions- störungen.	66
a)	Schutz der Kommunalvertretungen gegen Funktions- beeinträchtigungen, nicht erst gegen Funktionsunfähigkeit	66
b)	Integrationskraft der großen Fraktionen	69
c)	Keine verfassungsrechtlich vorzugswürdigen Alternativen	71
d)	Kein Verweis auf die Wiedereinführung von Sperrklauseln bei konkreten Funktionsbeeinträchtigungen	72
e)	Unerfüllbare Prognoseanforderungen	75
f)	Notwendigkeit genereller Sperrklauseln	76
2.	Integrationsfunktion und Legitimationsbedürfnis	76

a)	Legitimation der Teilhabe an der Macht der Kommunalvertretungen	77
b)	Kommunalvertretung als Vertretung der Gesamtheit der Einwohner	80
3.	Resümee	81
C.	Verfassungsmäßigkeit verfassungsrechtlicher Sperrklauseln	82
I.	Keine Maßstäblichkeit einfachen Landesverfassungsrechts für Verfassungsänderungen	83
II.	Kein Verstoß gegen die landesverfassungsrechtliche „Ewigkeitsgarantie“	85
1.	„Ewigkeitsgarantie“ der Grundsätze des demokratischen Staates	85
2.	Beschränkung der „Ewigkeitsgarantie“ auf den Kern des Demokratieprinzips	86
3.	Kein Verstoß einer 3%-Sperrklausel bei Kommunalwahlen gegen den Kern des Demokratieprinzips.	89
a)	5%-Sperrklauseln als „gemeindeutscher Satz“	89
b)	Relativierungen innerhalb der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung	90
c)	Keine Bindung an eine vorverfassungsrechtliche demokratische Verhältniswahlidee	94
4.	Ergebnis	99
III.	Kein Verstoß gegen höherrangiges Landesverfassungsrecht	100
1.	Höherrangiges Landesverfassungsrecht	100
2.	Gleichheitssatz als höherrangiges Landesverfassungsrecht	101
3.	Kein Verstoß einer 3%-Sperrklausel für Kommunalwahlen gegen fundamentale Gleichheitsanforderungen	102
IV.	Kein Verstoß gegen die bundesverfassungsrechtliche Demokratieverpflichtung	104
1.	Art. 28 Abs. 1 GG als Maßstab für Änderungen der Landesverfassung	104
2.	Kein Verstoß gegen Art. 28 Abs. 1 GG	104
V.	Kein Verstoß gegen den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	110
VI.	Vereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention	111
VII.	Vereinbarkeit mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	112
D.	Begründung der Einführung einer 3%-Sperrklausel bei Kommunalwahlen im Wege einer Verfassungsänderung	114
I.	Bestehen eines Begründungserfordernisses	114
1.	Kein ausdrückliches Begründungserfordernis nach der Verfassung Nordrhein-Westfalen	114

2.	Begründungserfordernis kraft Geschäftsordnung	115
3.	Begründungserfordernis kraft materiellen Verfassungsrechts	115
	a) Grundsätzlich kein Bestehen einer Begründungspflicht von Verfassungs wegen	116
	b) Ausnahmsweise Begründungspflichten des Gesetzgebers	116
	c) Begründungspflicht des verfassungsändernden Gesetzgebers	118
4.	Folgerung: Formelle und materielle Begründungspflicht	120
5.	Kein gesondertes Begründungserfordernis für die einfachgesetzliche Umsetzung	121
II.	Begründungsmöglichkeiten	122
	1. Nachweis konkreter Funktionsstörungen	122
	a) Auswirkungen des Wegfalls der Sperrklausel bei zurückliegenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen	122
	b) Auswirkungen des Wegfalls der Sperrklausel in kreisfreien Städten und Landkreisen	123
	2. Abstrakte Gefährdung der Funktionsfähigkeit	126
	3. Integrationsvorgang und demokratische Legitimität der Partizipation an der Macht der Kommunalvertretungen	127
	Literaturverzeichnis	129
	Sachverzeichnis	133